

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Reichhaltige und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die halbspaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die halbspaltige Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 18

Stolp, Sonnabend, den 22. Januar 1927

51. Jahrgang

## Eine bürgerliche Regierung in Sicht.

### Der neue Weg für Marx.

Berlin, 21. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich heute am Spätabend doch entschlossen, Herrn Marx die Ermächtigung zu Verhandlungen im Sinne des ihm vom Herrn Reichspräsidenten gestern neu erteilten Auftrages, also in der Richtung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung zu geben. Herr Marx hat heute unter Berücksichtigung der späten Stunde sich nicht zum Reichspräsidenten begeben, wird jedoch voraussichtlich bereits morgen am frühen Vormittag und ihm dann erklären, daß er den Auftrag zur Verhandlungsführung annimmt. Die Zentrumsfraktion beabsichtigt bekanntlich ursprünglich, die Erteilung der Ermächtigung an Herrn Marx von dem Ergebnis der Vorverhandlungen abhängig zu machen, die heute mit den Deutschnationalen geführt werden sollten. Sie hat diese inzwischen aufgegeben, was immerhin als ein Zeichen beginnender Verständigungsbereitschaft anzusehen ist. Dagegen hat die Zentrumsfraktion heute förmlich eine ausführliche „Kundgebung“ veröffentlicht, auf deren Grundlage Herr Marx morgen sein Verhandlungsprogramm in Gestalt bestimmter Richtlinien aufstellen soll. Diese Richtlinien sollen dann aber nicht nur den Deutschnationalen, sondern allen übrigen für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien vorgelegt werden. — In der Kundgebung heißt es unter anderem:

„Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als in der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Auch für die fernere Zukunft ist sie allein hoffnungsvoller Weg. Die Zentrumspartei steht zur Verfassung. Der Geist deutschen Volkstums muß sich immer mehr erneuern aus dem christlichen Glauben, auf ihn muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren. Als Machtsinstrument unseres Staates ist nur die Reichswehr geblieben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit. Heute gilt es aber gewisse Beschränkungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienbar wäre. Die Reformfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffenstand ermöglicht. Die deutsche Zukunft erfordert ferner, daß Unternehmer und Arbeiter sich im gemeinsamen Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung wieder verstehen und in gegenseitiger Achtung würdigere Formen des Austrags von Interessengegensätzen finden.“

Die Außenpolitik Deutschlands muß im Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens und der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkerverständigung sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes und nun haben wir unsere Politik so eingerichtet, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. In der Einordnung in die Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eigenen Nation aber nicht verdrängt werden. Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein geführtes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, wenn sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen, auf eine möglichst baldige endgültige Klärung des Rheinlandes hinarbeiten müssen. Deutschland ist in London und Genf internationale Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der Rechtspflanzung der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder Erfolg verheißenden Politik. Wir erneuern das Versprechen zu einer friedlichen Entwicklung gerade jetzt, wo Friedenswünsche, die unbedingterweise auskommen, zurückgegriffen werden müssen. Die Zentrumspartei ist von dem Wunsch befeuert, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, welche die bestmögliche Bürgerschaft zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltens unseres Volkes in staatspolitischem und gemeinschaftlichem Sinne in sich schließt.“

Dies sind die weltlichen Stellen des Zentrumskommuniqués. Man muß nun vor allem unterscheiden, daß es sich hier nur um eine Separatundgebung des Zentrums an seine Anhänger handelt, die allerdings insofern für die Regierungsbildung von Bedeutung ist, als Herr Marx daraus nach den Wünschen des Zentrums sein Verhandlungsprogramm ausarbeiten soll. Es wird nun darauf ankommen, bis zu welchem Umfang Herr Marx sich an die Separatwünsche seiner Partei halten und inwiefern er andererseits auch in seinem Programm auf die Wünsche, Interessen und Impponderabilien der anderen für die Regierung in Frage kommenden Parteien

Rücksicht nehmen wird. So kann Herr Marx doch z. B. unmöglich von den rechts vom Zentrum stehenden Parteien verlangen, daß sie ein ebenso begeistertes Verleugnis zur Republik und Verfassung ablegen, wie es das Zentrum in seiner Sonderundgebung tut.

Die Anerkennung der Verfassung und der gegenwärtigen Staatsform als Grundlage für die gegenwärtige Regierungsbildung, nicht aber als Freudenbekenntnis oder neuangenommenes Parteidogma wird natürlich von keiner der in Frage kommenden Parteien zu umgehen sein. Im übrigen enthält die Zentrumskundgebung ja auch verschiedene Punkte, die auch von den rechts vom Zentrum stehenden Parteien unterschrieben werden können, so vor allem die Stellen des Kommuniqués, die von der Kulturpolitik und Sozialpolitik handeln. Was den Gesamteindruck anlangt, den die Zentrumskundgebung heute Abend in parlamentarischen Kreisen hervorrief, so gingen die Ansichten überwiegend dahin, daß die Kundgebung zum mindesten auf eine größere Vereinbarkeit des Zentrums zur Bildung einer staatsbürgerlichen Regierung schließen läßt, als man es nach der bisherigen Haltung der Partei annehmen konnte. Immerhin ist der Einschluss im Zentrum auch jetzt noch nicht zu unterschätzen. Ganz haben Herr Wirth und seine Leute die Hoffnung, die Bildung einer staatsbürgerlichen Regierung zu zerbrechen, noch nicht aufgegeben. Eine wirklich zutreffende Voraussage über die weitere Entwicklung wird sich daher wohl erst morgen machen lassen, wenn die Verhandlungslinien des Herrn Marx bekannt werden.

### Wohlfahrtsfragen.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 21. Januar.

Der Landtag nahm heute zunächst die Wahl des dritten Vizepräsidenten vor, der an die Stelle des verstorbenen Abg. Gornich (D. Vpt.) tritt. Abgeordneter von Campe (D. Vpt.) schlägt seinen Fraktionsfreund Wiemer vor. Abgegeben werden 304 Stimmzettel; davon waren 12 unbeschrieben, einer ungültig. Auf den Abg. Wiemer (D. Vpt.) entfielen 262 Stimmen, auf den Abg. Pried (Komm.) 22, auf den Abg. Casper (Komm.) 4 und den Abg. Ebersbach (Deutschn.) 3 Stimmen. Damit ist der Abg. Wiemer zum dritten Vizepräsidenten des Landtags gewählt. Er nahm die Wahl mit Dank an. Dann begann die 2. Lesung des

Staats für 1927,

und zwar steht zunächst der Wohlfahrtsausbau zur Debatte, die mit der allgemeinen Aussprache über den Abschnitt „Ministerium und Volksgegend“ eingeleitet wird.

Nach Erstattung des Ausschussberichts durch den Abg. Stemmler (Ztr.) ergriff sogleich das Wort

Wohlfahrtsminister Hirscher.

Der Minister führte aus: Die Gesundheitsverhältnisse in Preußen ließen auch im vergangenen Jahre eine weitere Besserung gegenüber den schlimmsten Jahren der Kriegs- und Nachkriegszeit erkennen, doch würde es nicht richtig sein, aus der statistisch feststehenden Tatsache, daß die allgemeine Sterblichkeit, sowie die Säuglingssterblichkeit und die Sterblichkeit an Tuberkulose in den letzten Jahren noch weiter zugenommen haben, nun etwa den Schluss ziehen, als ob die schweren Schäden der Volksgegend, die uns der Krieg und die dadurch bedingte Unterernährung des Volkes, sowie die sonstigen Notzustände der vergangenen Jahre gebracht haben, etwa bereits überwunden wären. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung auch heute noch sehr bedenkliche Schäden aufweist und daß es noch der größten Anstrengungen bedarf, bis wir wieder zu einigermaßen befriedigenden Gesundheitsverhältnissen gelangen werden. Infolge der Hungerblockade sind während des Krieges rund 800000 Menschen in Deutschland gestorben. Unter ihnen eine große Zahl von Personen, deren Tod unter normalen Verhältnissen erst zu einem erheblich später liegenden Zeitpunkt hätte erwartet werden können. Weiterhin ist aber von erheblicher Bedeutung, daß unsere Geburtenziffern sich in den letzten Jahren in bedenklichem Maße weiter vermindert haben. Wichtig ist die Tatsache, daß ein erheblicher Geburtenrückgang aus naheliegenden Gründen immer einen Rückgang der Säuglingssterblichkeit mit sich bringt. Wir haben allen Anlaß zu der Annahme, daß trotz Abnahme der Tuberkulose-Sterblichkeit die Erkrankungen an Tuberkulose nicht abgenommen, sondern noch eher zugenommen haben.

Die Notlage der Ärzte im allgemeinen mußte anerkannt werden. Deshalb habe ich die Verordnung über den Abzug der kassenärztlichen Honorare trotz Widerspruch der Krankenkassenvertreter aufgehoben. Der Minister betonte die Notwendigkeit einer wirksamen Bekämpfung des

Mißbrauchs der Betäubungsmittel, des Opiums, Morphiums und Kokains, durch scharfe gesetzliche Mittel. Es müsse ernstlich erwogen werden, ob nicht gegen das außerordentlich schädigende Kurpfuschertum eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig sei. Nachdrücklich bezeichnete der Minister die Förderung des Sports und seine gesundheitliche Überwachung als außerordentlich dringliche Aufgabe. Ein Wiederaufstieg unseres Volkes sei nur möglich, so schloß der Minister, wenn wir zunächst einmal alle Bedingungen schaffen, die einen Erfolg der Bemühungen auf dem Gebiete der Volksgegendheit gewährleisten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Quast-Faslem (Deutschn.) begrüßt den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Errichtung einer Zentrale für Typhusbekämpfung. Für die Volksgegendheit seien nur 0,24 Prozent des Gesamthaushalts ausgeworfen. Besonders seien die Mittel für Arzt Ausbildung und Forschungsinstitute zu erhöhen. In der Sozialversicherung dürfte man den Bogen nicht überspannen.

Abg. Dr. Westler (Ztr.) betont, daß seine Fraktion sich in den meisten Fällen den sozialen Forderungen der Mehrheit des Hauses anschließen werde, ebenso trete sie auch für die Wiedereinführung des Professorentitels ein. Ein scharfes Augenmerk müsse der Mehrzahl der Mittelstandsklassen geschenkt werden, die durch überaus hohe Verwaltungskosten zeigten, daß es ihnen vor allem um die Einnahmen zu tun ist und daß sie sich einer Schädigung des Mittelstandes und einer ungerechtfertigten Bereicherung schuldig machen. Bedauerlicherweise müsse man einen sozial-ethischen Niedergang ideeller Art bei den Ärzten feststellen. Schuld daran habe u. a. das überaus ungeordnete Spezialistentum, das sich immer mehr ausdehne und das Hausarztsystem verdränge. Auch würden unerklärlicherweise immer mehr Kurpfuscher von den Krankenkassen bezahlt. — Das Haus verlagte sich auf Sonnabend 11 Uhr.

### Volkshygiene.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 21. Januar.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand heute die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach der Ausschussfassung der Vorlage ist jeder Geschlechtskranke verpflichtet, sich von approbierten Ärzten untersuchen und erforderlichenfalls solange behandeln zu lassen, wie nach ärztlichem Urteil eine Ansteckungsgefahr besteht. Für Minderbemittelte ist seitens der Länder unentgeltliche Behandlung bereitzustellen. Die Durchführung des Gesetzes soll Gesundheitsbehörden übertragen werden. Die Behandlung von Geschlechtskranken soll nur approbierten Ärzten gestattet sein.

Der Heilmittel für Geschlechtskrankheiten anpreist oder anbietet, wird nach Par. 11 mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die Prostituierten-Kasernierung wird verboten. Wenn ein Geschlechtskranke in Kenntnis seines Leidens Geschlechtsverkehr ausübt, wird er mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Abg. Dr. Moses (Soz.) betonte, die Sozialdemokratie sehe die Lösung des Problems nicht in sanitätspolizeilichen Zwangsmaßnahmen gegen gewerksmäßige Prostituierte. Einige der stärksten Wurzeln des Übels sei das Wohnungseld, das große Familien in wenige Räume zusammenpfercht.

Abg. Dr. Schuler (Deutschn.) bezeichnete den Gesetzesentwurf in der vorliegenden Form als ein annehmbares Kompromiß. In Paragr. 7, der das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte festlegt, wünscht der Redner die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Biedes (D. Vpt.) begrüßte den Entwurf. Das Gesetz bedeute allerdings einen Eingriff in die persönliche Freiheit und könnte einem gewissenlosen Denunzianten- und Erpresserium Vorschub leisten. Darum sei von der Regierungspartei eine Ergänzung zum Paragr. 4 beantragt worden, wonach die Gesundheitsbehörde nur dann jemand zur ärztlichen Untersuchung zwingen kann, wenn die Anzeige gründlich geprüft ist. Anonyme Anzeigen dürften überhaupt nicht berücksichtigt werden.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) begründete eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen.

Abg. Bethold (Wirtsch. Vag.) betonte, das Gesetz diene der Fürsorge für die Volksgegendheit und könne von allen Abgeordneten ohne Parteiunterschied begrüßt werden. Die Ausführungsbestimmungen müssen so gehalten sein, daß geschäftige Denunziationen ausgeschlossen werden.

Nach weiterer unerheblicher Aussprache verlagte sich das Haus auf Sonnabend.



Sache kann etwas Positives noch nicht gesagt werden, der entstandene Schaden ist durch Versicherung bei der Bonmerschen Feuerzettel-Gesellschaft gedeckt.

**Pollnow. Käsevergiftung.** — Nach dem Genus von Käse erkrankten in einer Eisenbahnerfamilie vorerst zwei Kinder und darauf der Vater. Auspumpen der Mägen durch den herbeigerufenen Arzt beseitigte die Vergiftungsgefahr.

**Rosenmühl, St. Uedermünde. In Neapel ermordet.** — Der Seemann Bösel von hier befand sich mit dem Dampfer „Eichersheim“ in Neapel. Dort wurde er in der Nacht zum 8. Januar von Italienern getötet. Kurz vor seinem Tode äußerte B. zu einem Kameraden, daß er noch an Land gehen wolle, um seiner Frau eine Mandoline zu kaufen. Ein Kamerad soll mit ihm gegangen sein. Plötzlich wurden beide überfallen und so schwer verletzt, daß sie sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Trotzdem B. sofort operiert wurde, war er nicht mehr zu retten. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene hinterläßt eine Frau mit drei unmündigen Kindern.

**Pölich. Ein Kind verbrannt.** — Das Töchterchen des hiesigen Klempnermeisters Franz Krewel wollte Wasser auf einem Spirituslocher wärmen. Dabei fiel ihr dieser um und das Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es bald darauf, trotz ärztlicher Hilfe, starb, gerade an seinem 10. Geburtstag. Die Eltern sind untröstlich.

**Messenthin. Ueberfall.** — Auf der Chaussee zwischen Messenthin und Neuenbors, auf der Höhe des Neuenborsberger Weges wurde eine 30jährige Frau von einem jungen Wegelagerer überfallen und ihr gewaltsam die Handtasche mit 25 Mark entziffen. Man hofft eine Spur des Täters zu haben.

**Greifswald. Die Grippe.** — Nachdem bereits die Mädchen-Grundschole in der Knopfschneise ihre Pforten der vielen Grippe-Erkrankungen der Kinder und Lehrkräfte wegen hat schließen müssen, haben sich nun auch die Mädchen- und Knaben-Vollschule zu dieser Maßnahme entschließen müssen. Die Schulen sind vorerst bis zum Ende des Monats geschlossen.

**Straßburg. Sämtliche Schulen der Grippe wegen geschlossen.** — Infolge des steten Umsichgreifens der Grippe sind sämtliche Straßburger Schulen, und zwar Volks- und Mittelschulen, auf Anordnung der Medizinischen Behörde bis Freitag, 28. Januar, geschlossen worden.

#### Standesamt.

Sterbefälle vom 15. bis 21. Januar.

Buchhalterin Elisabeth Felsner, 25 J. alt; Ehefrau Charlotte Neuser geb. Volat, 29 J. alt; Unverehelichte Grete Haffe aus Nipkow, 25 J. alt; Witwe Mathilde Jiede geb. Jiede, 83 J. alt; Städt. Kutscher a. D. Friedrich Haberland, 84 J. alt; Tapezierer Wilhelm Kuhn, 18 J. alt; Ehefrau Emma Weber geb. Hübler, 50 J. alt; Witwe Wilhelmine Söhlwin geb. Albrecht, 92 J. alt; Witwe Henriette Hüpp geb. Köh, 74 J. alt; Witwe Anna Binnal geb. Schramm, 69 J. alt; Ehefrau Auguste Schwarz geb. Pechin, 35 J. alt; Gitterdirektor Fritz Grauert, 58 J. alt; Fabrikbesitzer Konstantin Decker, 67 J. alt; Witwe Theresie Plog geb. Müttner, 79 J. alt; Witwe Marie Göde geb. Hoff, 38 J. alt.

#### Letzte Meldungen.

Die Vorberatung des Hindenburgbriefes.

Berlin, 21. Januar. Wie aus Köln gemeldet wird, berichtet der Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ genau über Presseäußerungen der Linken, wonach der Reichspräsident mit seinem Brief an Reichskanzler Marx einen unzulässigen Einfluß beabsichtigt hätte, „daß dieser Brief vor seiner Absendung Wort für Wort mit dem Reichskanzler Marx durchgesprochen sei.“ Der Reichspräsident habe seinen Brief in der Absicht geschrieben, bei Würdigung der Schwierigkeiten, denen Dr. Marx und seine Partei angesichts ihrer Festlegung nach links ausgesetzt seien, dem Führer des Zentrums und seiner Partei vor die Möglichkeit der Opposition der übrigen Parteien die Rückkehr auf eine realpolitische sachliche Plattform zu erleichtern.“ Eine authentische Festlegung dieser Nachricht ist natürlich nicht zu erlangen, doch dürfte sie nach unseren Informationen wohl zutreffen. Damit brechen die „Rechtsbeilehrungen“ der Linken in sich zusammen.

Gegen die Kündigungen bei der Reichsbahn.

Hamburg, 21. Januar. In den Altonaer Eisenbahnwerkstätten ist etwa einem Fünftel der Belegschaft gekündigt worden. In Harburg bleibt die Kündigung nur wenig unter diesem Satz. In Eisenbahnerkreisen herrscht große Erregung. Die Berliner Werkstättenarbeiter haben wegen der Kündigung durch die Reichsbahn die Hilfe der Gewerkschaften angefordert. Es besteht große Aussicht für eine Solidaritätsklärung der Gewerkschaften, falls sich die Entlassungen in dem gemeldeten Umfange bestätigen sollten. Die bayerische Regierung erhebt beim Reich Einspruch gegen die neuen Eisenbahnerkündigungen bei der Reichsbahn. Zahlreiche Volksversammlungen in Bayern treten für die Eisenbahner ein. In Bayern sollen 3100 Eisenbahner zur Entlassung kommen.

Die Besetzung von Koblenz.

Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Koblenz beträgt gegenwärtig die Zahl der Besatzungsstruppen in der Stadt 9000 Mann. Dazu kommt noch die interalliierte Militärkommission. Rund 4000 Privatquartiere sind in der Stadt beschlagnahmt. Von den öffentlichen Gebäuden sind das Oberpräsidium, der größte Teil des Regierungsgebäudes, die Diensträume der Strombauverwaltung, das Provinzialschulkollegium, das Konsistorium und ein Teil des städtischen Rathauses in Händen der Besatzung.

Noter Landesverrat.

Berlin, 21. Januar. Gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künstler ist vom Reichswehrministerium die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Landesverrats beantragt worden. Es handelt sich um die durch Künstler in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Aussagen von zwei Arbeitern über die angebliche Herstellung von Giftgasen für deutsche Rüstungszwecke in Sowjetrußland. In dem Antrag auf den Oberreichsanwalt wird darauf hingewiesen, daß auch im Falle einer Auflösung des Reichstages die Immunität des Abgeordneten Künstler kein Hindernis für seine Festnahme sei.

#### Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörsen. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 100 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Siedener Mehlmarkt 284-283 (am 20. 1.: 283-287). Roggen Mehl. 285-284 (244-248). Sommergerste 217-245 (217-248). Inland...



## Die Halspaus-Cigarette zu 4 Pfg.

Warum aber eine „RARITÄT“? Weil diese Halspaus-Cigarette „Etwas Besonderes“ ist, ein weisser Rabe unter den Cigaretten ihrer Preislage.

## Unsere RARITÄT No 200

ist die weitaus beste, daher meist-gerauchte 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.

Guttergerste — (—). Wintergerste 194-207 (194-207). Hafer Märk. 183-193 (181-191). — (—). Mats loko Berlin 187-189 (185-187). Weizenmehl 35,00-37,75 (35,00-37,75). Roggenmehl 34,60-36,60 (34,50-36,50). Weizenkleie 14,25-14,50 (14,25-14,50). Roggenkleie 14,25-14,50 (14,25-14,50). Raps — (—). Leinöl — (—). Viktoriaerbsen 52-68 (52-68). Kleine Spelbeerbsen 30-32 (30-32). Futtererbsen 22-25 (22-25). Pelusischen 22-23 (22-23). Ackerbohnen 20,50-21,50 (20,50-21,50). Weizen 23-24,50 (23-24,50). Lupinen blaue 15,50-16,50 (15,50-16,50). gelbe 16-17 (16-17). Secadella 32,00-34,00 (34,00-36,00). Rapskuchen 16,20-16,30 (16,20-16,30). Leinölkuchen 20,00-21,00 (20,00-21,00). Trockenschrot 11,00-11,50 (10,70-11,00). Sojaflocken 19,10-19,80 (19,10-19,80). Torfmelasse (—). Kartoffelflocken 30,30-30,60 (30,10 bis 30,30)

#### Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 21. Januar. 1. Qualität 169; 2. Qualität 160; 3. Qualität 148 M. Tendenz: stetig.

Vollmilchpreis: Der Erzeugerpreis frei Berlin für die Woche vom 21. bis 27. Januar beträgt 18 Pfg. je Liter. Der Kleinverkaufspreis beträgt für Berlin 29 Pfg., für Stettin zurzeit 27 Pfg.

Berliner Frühmarkt vom 21. Januar. Weizen: März 287,5, Mai 281,5, Juli 282,25; Tendenz: fester. Roggen: März 261, Mai 262,5, Juli 250; Tendenz: fester. Hafer gut 210-220, mittel 198-209, Wintergerste gut 220-232, Gerste gut 245-252, Futterweizen 268-280, gelber Platanmais 192-194, kleiner Mais 202-206, Taubenerbsen 388-400, Roggenkleie 148-152, Weizenkleie 148-152. Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen vom 21. Januar. (Für 1000 Kilogramm waggonsfrei Stettin.) Roggen inkl. 246-250, Weizen inkl. 270-273, Hafer 180-191, Ausländische Gerste 228 bis 250, feine über Notiz. Futtergerste 218-223.

Stettiner Kartoffelnotierungen vom 21. Januar. Weiße 3,30-3,50, rote 3,60-3,70, gelbfleischige 3,70-3,80, Industrie kartoffeln 4,00-4,40. Frost, wenig Geschäft.

#### Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.  
3. Sonntag nach Epiphani.  
Vorm. 10 Uhr Predigt:  
Pastor Vottke.  
Varnach Weihe: Derselbe;  
Feier des heil. Abendmahls.  
Kollekte für den Pom. Jugendverein.

1-2 Uhr Spargeldannahme in der Kirche (Turmhalle)  
Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche.  
Pastor Lic. Steffen.  
2 Uhr desgl. im Evangelisationsaal.  
Nachm. 3/4 Uhr Taufen in der Sakristei.  
Nachm. 5 1/2 Uhr Predigt:  
Pastor Spittel.

#### Begräbniswoche:

Pastor Spittel  
Trauungen:  
Sup. Dr. Witte.  
Tausen und Kommunionen:  
Pastor Lic. Steffen.  
„Evangelisationshaus“  
(Neubelstraße).  
Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr  
Jugendbundstunde u. abends  
8 1/4 Uhr Versammlung.  
Jeden Montag 8 1/4 Uhr Abds  
Bibelbesprechungsstunde.  
Donnerstag 8 1/4 Uhr Abds  
Gebetsstunde der landeskirchlichen Gemeinschaft

von Lettow-Pomeisle-Stift.  
Donnerstag, den 27. 1. 1927  
nachm. 5 Uhr Gottesdienst:  
Sup. Dr. Witte.

St. Spiritus-Kapelle.  
Donnerstag den 27. Januar  
nachm. 5 Uhr Gottesdienst:  
Pastor Vottke.

Ev. kirchl. Blaukreuzverein.  
Donnerstag d. 27. Januar  
abends 1/2 8 Uhr Versammlung  
in der Aula der Knaben-Mittelschule.

Evang. Jünglingsverein.  
Freitag 8 Uhr Turnen  
Sonabend 8 Uhr Bibelstunde  
Sonntag 8 Uhr Familienabend  
Montag 8 Uhr Vortrag.

Bundesgawart  
Blum-Berlin.  
Schloßkirche.  
Schloßgemeinde.  
Nachm. 1/2 5 Uhr Gottesdienst.  
Pastor Gehre.  
Kollekte für evangel. kirchl. Hilfsverein.

#### Kathol.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Abendmahl.  
Pastor Gehre.  
Kollekte für evangel. kirchl. Hilfsverein  
3/4 12 Uhr vorm. Kindergottesdienst:  
Mittwoch, den 26. d. Mts.  
Bibelstunde in Veddin abends 6 Uhr

St. Johann.  
Vorm. 10 Uhr Gottesdienst  
Kollekte für evangel. kirchl. Hilfsverein.  
3/4 12 Uhr Kindergottesdienst:  
Pastor Russe.

St. Petri.  
Vorm. 10 Uhr Gottesdienst:  
Hilfspred. Heltterhoff.  
3/4 12 Uhr Kindergottesdienst:  
Hilfspred. Heltterhoff.

Nachm. 1/2 2 Uhr Kindergottesdienst:  
Hilfspred. Heltterhoff.  
Nachm. 6 Uhr Gottesdienst in Kramp.

Pastor Lamberg.  
Nachm. 1/2 7 Uhr Gottesdienst in Granzin.  
Hilfspred. Heltterhoff.

Beerdigungen:  
Pastor Lamberg.

Trauungen:  
Superintendent Plathe und Hilfspred. Heltterhoff.

## Edelste Biere

in Stiphons  
Flaschen, Gebinden  
Ad. Krüger,  
Mittelstraße 10

